



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

46. Sitzung (öffentlich)

27. Februar 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Entwurf einer Verordnung über die Führung eines Ökokontos nach § 5a Abs. 1 Landschaftsgesetz (Ökokonto VO)

7

Vorlage 14/1522

Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 56 Abs. 1 GO LT

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen tragen vor und beantworten Fragen.

Institution/Sachverständige	Sprecher/in	Zuschrift (Z)/ Anlage
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW: Städtetag Nordrhein-Westfalen Landkreistag Nordrhein- Westfalen Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen	Axel Welge Dr. Dörte Diemert	Anlage 1 Anlage 2 Anlage 3
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband NRW e. V. (BUND NRW) Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e. V. (LNU NRW) Naturschutzbund Deutschland Landesverband NRW e. V. (NABU NRW)	Josef Tumbrinck	14/1357 (Z)
Bund Deutscher Landschafts- architekten (bdla) Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen e. V.	Norbert Hellmann	
Landwirtschaftskammer NRW	Elisabeth Verhaag	
Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg- Wesel-Kleve zu Duisburg Michael Pieper	Jörg Winkelsträter	

2 Gefahren durch die „BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline“ berücksichtigen – Sofortvollzug aufheben – Enteignungsgesetz überprüfen 25

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4475

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/4475 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

3 Drei-Säulen-Modell der Lebensmittelsicherheit stärken: Private Laborkapazitäten für die amtliche Lebensmittelüberwachung verfügbar machen 35

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/5348

Der CDU/FDP-Antrag Drucksache 14/5348 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

4 Landesregierung treibt Ausrottung des Kormorans in NRW voran – „passend“ zur UN-Artenschutzkonferenz 2008 in Bonn 39

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5573

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/1602.

Stefanie Wiegand (SPD) stellt dem Ausschuss eine synoptische Darstellung der in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland geltenden Allgemeinverfügungen, Erlasse und Verordnungen mit Ausnahmen von den Schutzvorschriften für Kormorane zur Verfügung (siehe Vorlage 14/1646).

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/5573 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

5 Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Nordrhein-Westfalen (Erneuerbare Wärme-Gesetz – EWärmeG) 42

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5576

Der Ausschuss kommt überein, die Beratungen über den Gesetzentwurf zu vertagen, um die Entwicklung auf Bundesebene abzuwarten.

6 Treibhausgasemissionen bei Dienstreisen ausgleichen – Vorbildfunktion der öffentlichen Hand erfüllen 43

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6000

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/6000 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

7 Innovationen für Klimaschutz und Arbeitsplätze fördern – Architekturausbildung reformieren 44

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6001

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/6001 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

8 Neuregelung zur Grünen Gentechnik 46

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/1623.

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug des Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsgegenständerechts 49

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/6123

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6123 zugestimmt.

10 Feinstaub: Keine Verzögerung der „Umweltzone Ruhrgebiet“ um ein Jahr zulassen 50

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5346

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/5346 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

11 Erlassentwurf über Entgelte für tätige Mithilfe der Forstbehörden bei der Bewirtschaftung des Körperschafts- und Privatwaldes (Entgeltordnung '08) 56

Vorlage 14/1610

Das Einvernehmen mit Vorlage 14/1610 wird hergestellt.

12 Maßnahmen gegen die Haltung von gefährlichen, exotischen Tieren 58

Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/1626 Bericht.

13 Versalzung der Gewässer in NRW 60

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/1534.

14 Verwendung der Finanzmittel zur Beseitigung der Kyrill-Schäden 61

Der Bericht der Landesregierung wird mit Vorlage 14/1625
gegeben.

* * *

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug des Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsgegenständerechts

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/6123

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, das Verbraucherinformationsgesetz des Bundes vom 5. November 2007 werde am 1. Mai 2008 in Kraft treten. Es verpflichte informationspflichtige Stellen des Landes zur Gewährung von Verbraucherinformationen. Allerdings bestehe gegenüber den Kommunalbehörden nur dann ein Anspruch auf Verbraucherinformation, wenn der Landesgesetzgeber den Gemeinden und den Gemeindeverbänden die Aufgaben auch übertragen habe.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 21. Februar 2008 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden. Das Gesetz solle zeitgleich mit dem Bundesgesetz, also am 1. Mai 2008, in Kraft treten.

Johannes Remmel (GRÜNE) äußert, man könnte meinen, es handle sich um eine einfache Umsetzung des Bundesgesetzes. Die Grünen seien der Meinung, dass das Bundesgesetz schlecht sei und weitergehender sein könnte, auch der Landesgesetzgeber könnte mutiger sein. Das hätten die Grünen in der Debatte zum Verbraucherinformationsgesetz zum Ausdruck gebracht. Insofern halte man das Gesetz für einen wenig ambitionierten Schritt, in Nordrhein-Westfalen Glanzpunkte zu setzen. Die Grünen würden den Gesetzentwurf ablehnen.

Svenja Schulze (SPD) tritt für ein Verbraucherinformationsgesetz ein. Auch die SPD sei nicht damit einverstanden, wie das auf Bundesebene gelaufen sei. Man hätte sich deutlich mehr vorstellen können. Man wolle, dass wenigstens erste Schritte gegangen würden und das Verbraucherinformationsgesetz des Bundes in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werde.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen wird dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/6123 zugestimmt.

